



POLITOGRAMM

FREISTAAT SACHSEN

Juni/Juli 2004
27. Welle

Bielefeld, Juli 2004

Torsten Schneider-Haase
Johannes Huxoll

VORBEMERKUNG

Hiermit legt TNS Emnid, Bielefeld, Abteilung Meinungs- und Sozialforschung, die 27. politische Umfrage im Auftrag des Freistaates Sachsen vor. Im Rahmen des Forschungsprogramms "Meinungen der sächsischen Bevölkerung zu aktuellen politischen Problemen" wurde das "Politogramm Sachsen" als repräsentative Wählerumfrage konzipiert.

Diese Untersuchung ist als Trenduntersuchung zu verstehen. Sie wird in regelmäßigen Abständen zweimal pro Jahr durchgeführt.

Konzeption, Datenerhebung und Analyse wurden von TNS Emnid durchgeführt. Die Feldarbeit fand vom 04.06. bis 08.07.2004 statt. Befragt wurden 1.078 Personen, repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Sachsen ab 18 Jahren.

Bei der Fragebogenkonzeption wurde darauf geachtet, aktuelle Probleme und Informationen zur Stimmungslage sowie die Beurteilung der bisherigen Arbeit der sächsischen Staatsregierung aufzuarbeiten. Zusätzlich wurden bisherige Ergebnisse fortgeschrieben.

Die Ergebnisse der Untersuchung basieren auf einer Stichprobe. Die mittlere Fehler-toleranz der Prozentwerte beträgt +/- 3 Prozentpunkte. Dies sollte bei der Interpretation der Daten berücksichtigt werden.

In die Erhebungszeit fielen die Europawahlen vom 13. Juni 2004 sowie die Kommunalwahlen vom gleichen Tag.

TNS Emnid
im Juli 2004

Torsten Schneider Haase
Johannes Huxoll

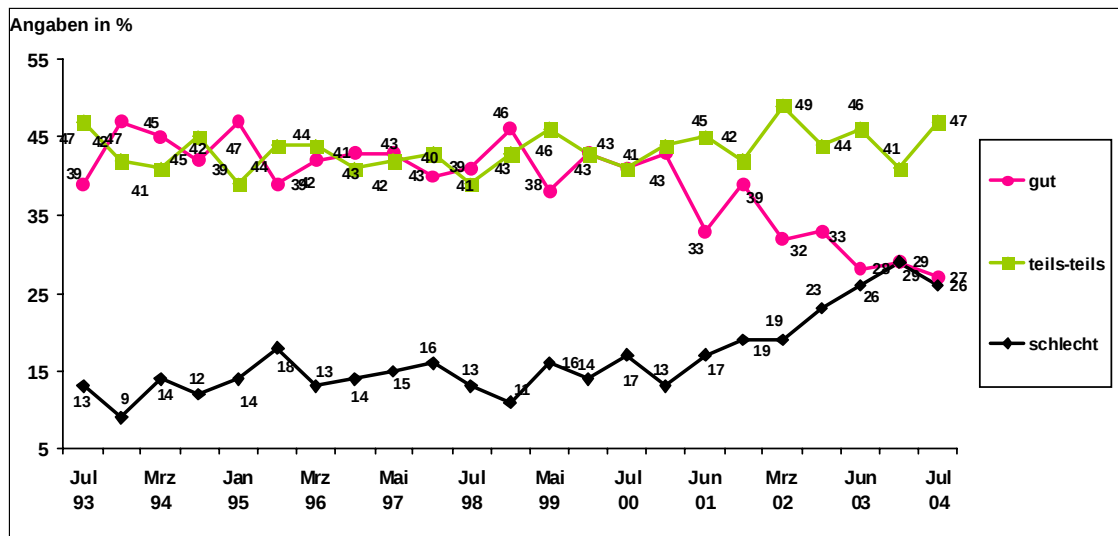
INHALTSVERZEICHNIS

I. Persönliche Lebenssituation	4
1. Persönliche wirtschaftliche Lage	5
2. Zufriedenheit mit materiellen Lebensumständen	7
II. Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen	9
1. Allgemeine wirtschaftliche Lage in Sachsen	10
2. Zukünftige Wirtschaftslage in Sachsen	11
3. Zukünftige Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Sachsen	12
4. Vergleich Sachsens mit anderen Regionen	13
5. Sachsens zukünftige wirtschaftliche Entwicklung	14
III. Politikbewertung und Wahlverhalten	15
1. Wichtige politische Probleme und Aufgaben	16
2. Parteienkompetenz in ausgewählten Problembereichen	18
3. Zufriedenheit mit der Arbeit politischer Institutionen	22
4. Zustimmung zur Politik Milbradts	23
5. Parteipräferenz bei der Landtagswahl	24
6. Weitestes Wählerpotenzial der Parteien	26
7. Einfluss von Bundes- und Landespolitik auf die Parteipräferenz	28
8. Interesse am bevorstehenden Landtagswahlkampf	29
IV. Innere Sicherheit	30
1. Sicherheit der eigenen Wohngegend	31
2. Empfundene Bedrohung durch ein Verbrechen	32
V. Europäische Union und EU-Erweiterung	33
1. Information über EU-Erweiterung	34
2. Auswirkung der EU-Erweiterung auf die eigene Region	35
3. Beurteilung der Vorteile der EU-Erweiterung	36
4. Beurteilung der Nachteile der EU-Erweiterung	37
VI. Aktuelle Themen in Sachsen	38
1. Gründe für die Einrichtung einer Ganztagsbetreuung an Schulen	39
2. Rolle der Eltern bei der Ganztagsbetreuung in der Schule	40
3. Entwicklung von Ideen zur Verbesserung des Schulsystems	41
4. Länderspezifische rechtliche Regelungen	42
5. Umgang des Staates mit Schulden	43
6. Persönliche Erfahrungen im Umgang mit der öffentlichen Verwaltung	44
7. (Teil-)Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld	45
8. Gescheiterte Bewerbung Leipzigs für die Olympischen Sommerspiele 2012	46

I. Persönliche Lebenssituation

- | | |
|--|---|
| 1. Persönliche wirtschaftliche Lage | 5 |
| 2. Zufriedenheit mit materiellen Lebensumständen | 7 |

Persönliche wirtschaftliche Lage Beurteilung im Trendverlauf



Frage: Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage heute?

Die wirtschaftliche und finanzielle Situation der sächsischen Bevölkerung bzw. Haushalte stellt sich derzeit weiterhin als ungünstig dar, wobei sich ein leicht positiver Trend abzeichnet. Waren es im Dezember 2003 noch 29 % der Sachsen, die ihre persönliche wirtschaftliche Situation als schlecht oder gar sehr schlecht beurteilten, sind es aktuell noch 26 % 27 % der Sachsen (2 Prozentpunkte weniger als noch im Dezember 2003) empfinden ihre wirtschaftliche Situation als gut oder sogar sehr gut. Damit halten sich positive wie negative Nennungen in etwa die Waage. Der Anteil der Sachsen, die ihre persönliche wirtschaftliche Situation als weder gut noch schlecht einstufen, ist von 41 % auf jetzt 47 % gestiegen.

Am positivsten beurteilen die Senioren mit 43 % ihre wirtschaftliche Lage. Umgekehrt sind die Arbeitslosen und die Haushalte mit geringem Einkommen mit ihrer wirtschaftlichen Lage am unzufriedensten.

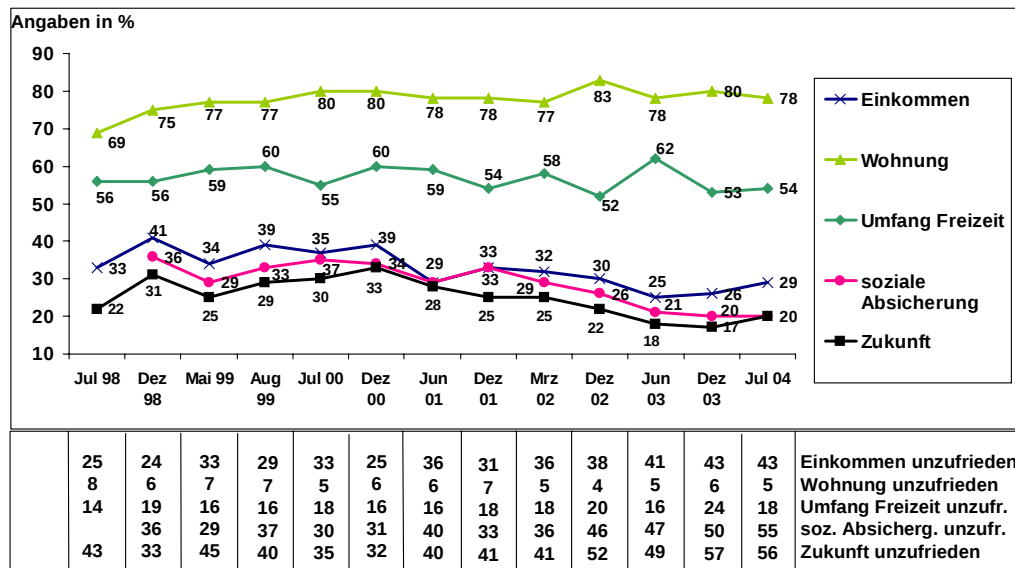
Im Saldo am unzufriedensten mit der wirtschaftlichen Situation zeigen sich jedoch die Jungwähler, also die Altersgruppe der unter 25-Jährigen. Hier urteilen nur 13 % positiv, aber 36 % negativ.

Fazit:

Die nach wie vor ungünstige gesamtwirtschaftliche Situation wirkt zwar weiterhin negativ auf die empfundene persönliche wirtschaftliche Lage der Sachsen und verharret auf niedrigem Niveau, allerdings zeichnet ein leicht positiver Trendverlauf ab

Zufriedenheit mit materiellen Lebensumständen

Beurteilung im Trendverlauf



Frage: Wie zufrieden sind Sie mit Ihren materiellen Lebensumständen? Bitte beurteilen Sie jeden der hier aufgeführten Sachverhalte auf einer Skala von '1' bis '5'. '1' bedeutet dabei "völlig zufrieden", '5' bedeutet "überhaupt nicht zufrieden". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihr Urteil abstufen.

Entsprechend der getrübbten Stimmung bei der Einschätzung der persönlichen wirtschaftlichen Lage ist auch die Zufriedenheit mit den materiellen Lebensumständen schlecht. Allerdings ist hier eine leichte Aufhellung zu beobachten. Die Zufriedenheit mit der Zukunftssicherheit verharrt nach wie vor bei 20 %, die Zufriedenheitswerte mit dem eigenen Einkommen und der Zukunftssicherheit sind um jeweils 3 Prozentpunkte angestiegen. Immerhin jeder dritte Sachse (29 %) ist mit seinem Einkommen völlig oder eher zufrieden und jeder fünfte nimmt seine Zukunft als sicher wahr.

Die einzigen Bereiche der persönlichen Lebenssituation, die sich weitreichender Zufriedenheit erfreuen, sind die Bereiche Wohnung und Freizeit. 78 % der Sachsen sind mit ihrer Wohnsituation völlig oder eher zufrieden, mit dem Umfang der Freizeit sind es immerhin noch 54 %.

Allgemein zeigt sich eine größere Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation bei den älteren Mitbürgern (65+) und den Rentnern und Pensionären. Hingegen sind die Arbeitslosen mit den materiellen Lebensumständen unzufrieden.

Wenig Zukunftssicherheit ist insbesondere auch bei den Jungwählern anzutreffen: Nur 10 % sind mit den Zukunftsaussichten zufrieden, 56 % hingegen nicht.

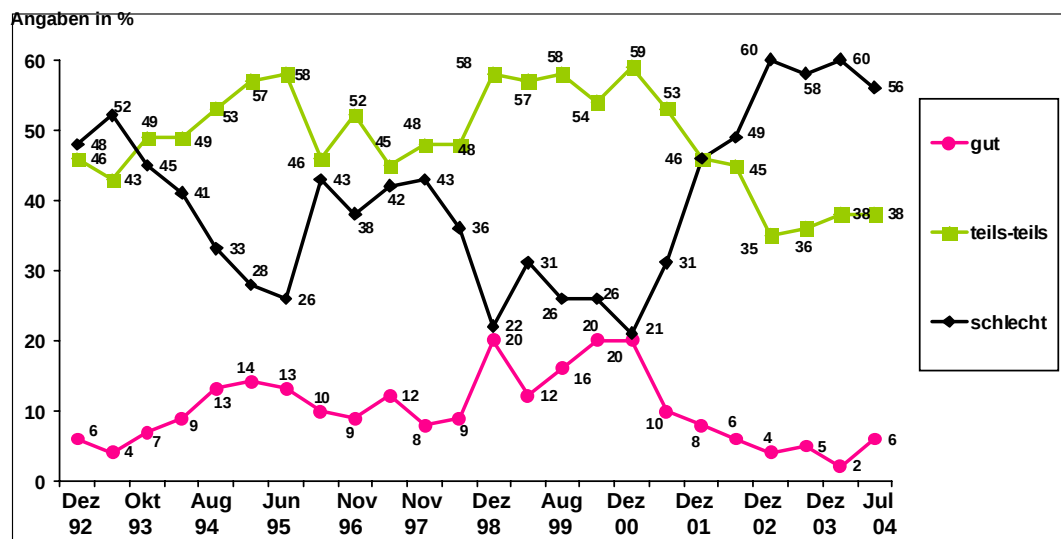
Vergleicht man die Ergebnisse zwischen den ländlichen und den städtischen Regionen Sachsens, so fällt auf, dass die Zufriedenheit mit der Zukunftssicherheit und dem Einkommen auf dem Lande signifikant geringer ist.

II. Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Sachsen

1. Allgemeine wirtschaftliche Lage in Sachsen	10
2. Zukünftige Wirtschaftslage in Sachsen	11
3. Zukünftige Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Sachsen	12
4. Vergleich Sachsens mit anderen Regionen	13
5. Sachsens zukünftige wirtschaftliche Entwicklung	14

Allgemeine wirtschaftliche Lage in Sachsen

Beurteilung im Trendverlauf



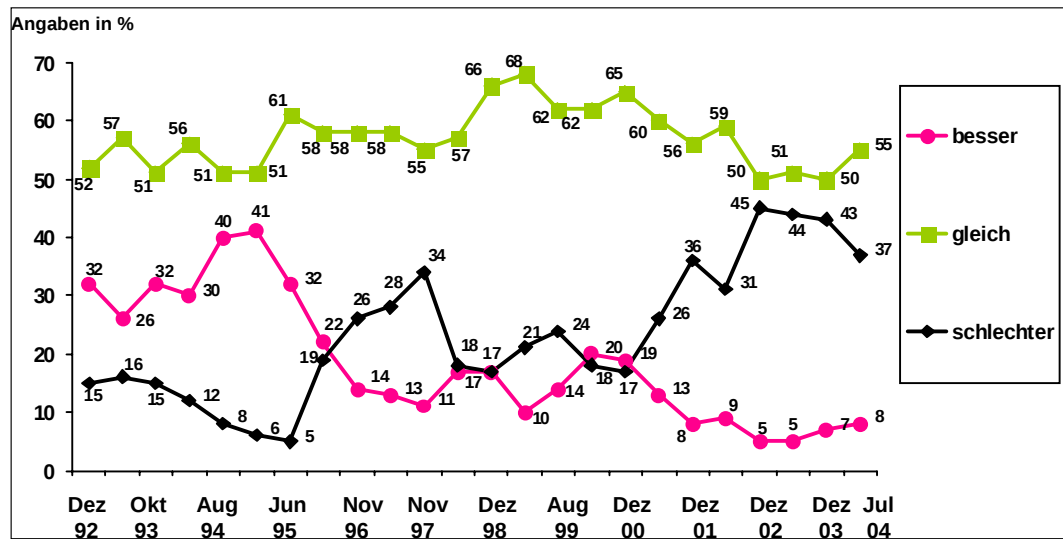
Frage: Wie beurteilen Sie die heutige allgemeine wirtschaftliche Lage in Sachsen?

Wie bei der persönlichen wirtschaftlichen Situation, so ist auch bei der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in Sachsen ein leichter Trendwechsel zum Besseren in der Stimmung der Bevölkerung erkennbar. Zwar bleibt die Grundstimmung auf relativem niedrigen Niveau, jedoch sind nunmehr immerhin 6 % der Sachsen - und damit 4 Prozentpunkte mehr als noch im Dezember vergangenen Jahres - der Auffassung, die derzeitige wirtschaftliche Situation in Sachsen sei „gut“ bzw. „sehr gut“, wohingegen aktuell 56 % - statt 60 % wie noch im Dezember 2003 - die wirtschaftliche Situation als schlecht bzw. sehr schlecht beurteilen

Seit Dezember 2002 verharzt die allgemeine wirtschaftliche Lage Sachsens aus Sicht der Bevölkerung damit auf niedrigem Niveau.

Zukünftige Wirtschaftslage in Sachsen

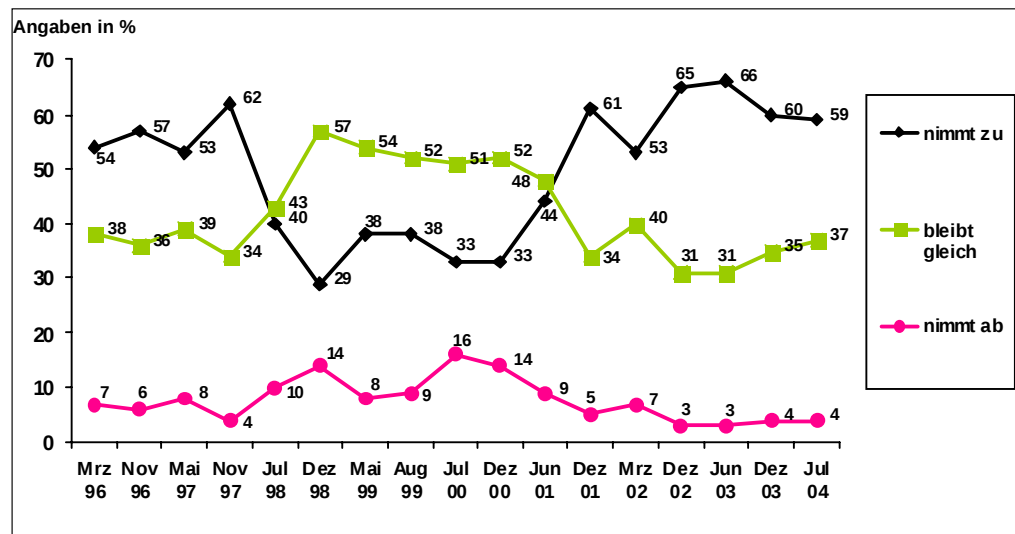
Beurteilung im Trendverlauf



Frage: Und glauben Sie, dass die allgemeine wirtschaftliche Lage in Sachsen in einem Jahr eher besser ist, eher schlechter ist oder unverändert ist?

Auch bei der Einschätzung der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung Sachsens ist noch kein eindeutiger Silberstreif erkennbar, aber immerhin ist auch hier eine geringe Verbesserung aus Sicht der Bevölkerung zu verzeichnen. Der Anteil der Pessimisten in der sächsischen Bevölkerung überwiegt jedoch immer noch deutlich vor dem Anteil der Optimisten (37 % zu 8 %). Gut jeder zweite Sachse erwartet keine Veränderung der als schlecht eingeschätzten wirtschaftlichen Lage (55 %).

Zukünftige Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Sachsen Beurteilung im Trendverlauf

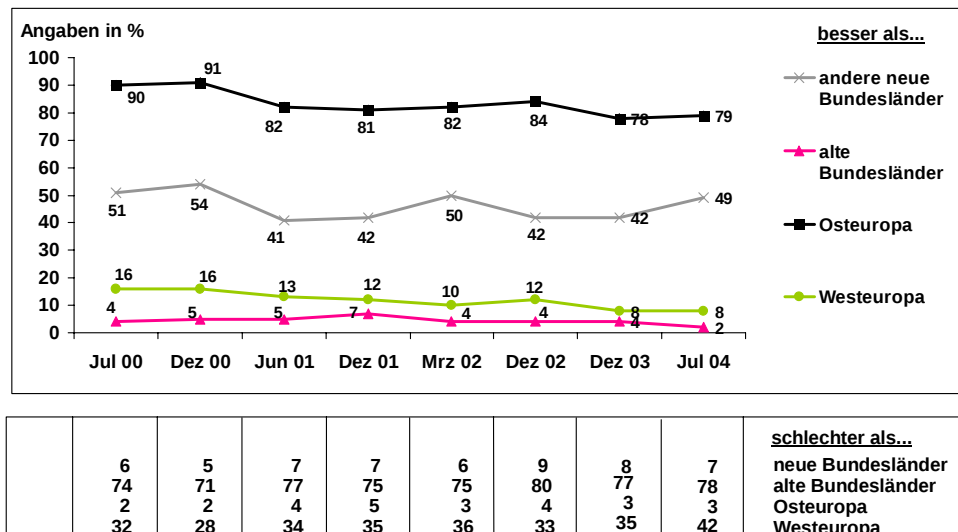


Frage: Wie wird sich Ihrer Meinung nach die Arbeitslosigkeit in Sachsen entwickeln? Glauben Sie, dass wir in einem Jahr mehr Arbeitslose, genauso viele Arbeitslose oder weniger Arbeitslose haben werden?

Nahezu unverändert erweist sich die Einschätzung der Bevölkerung bezüglich der Entwicklung bei den Arbeitslosenzahlen. Weiterhin meint eine deutliche Mehrheit von 59% der Sachsen, in den kommenden 12 Monaten werde es mehr Arbeitslose geben. Nur 4% zeigen sich optimistisch und erwarten einen Abbau der Arbeitslosigkeit. 37% prognostizieren keine Veränderung in die eine oder andere Richtung.

Allgemein zeigt sich, dass die wirtschaftliche Stimmung und die Einschätzung der ökonomischen Situation einem Stadt-Land-Gefälle unterliegt, wobei die Situation auf dem Land pessimistischer eingeschätzt wird.

Vergleich Sachsens mit anderen Regionen



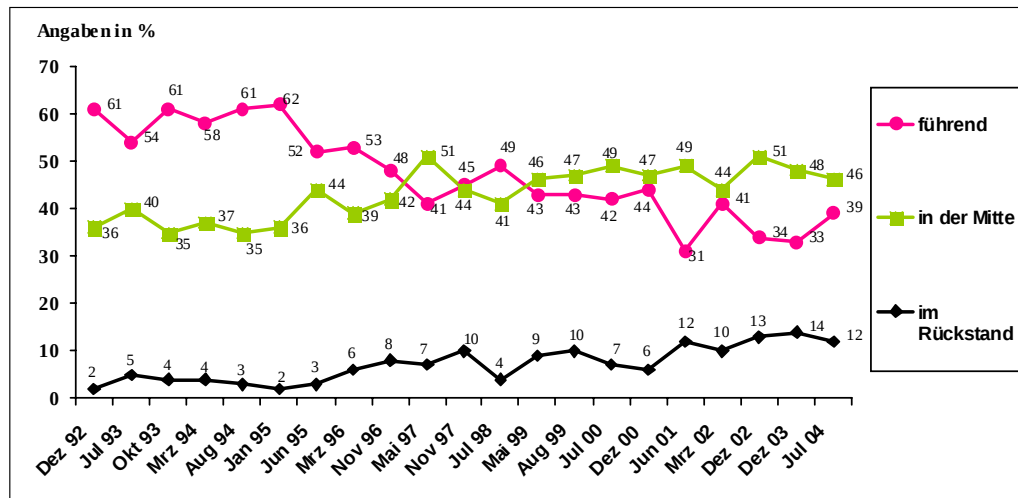
Frage: Mal alles zusammengefasst: Was meinen Sie, wie stehen die Sachsen im Vergleich zu den Bewohnern anderer Regionen da?

Wenn die Sachsen gefragt werden, wie sie - alles in allem - im Vergleich zu den Bewohnern der anderen neuen Bundesländer dastehen, so ergibt sich folgendes Bild: 49 % der Befragten meinen, sie stünden besser da als ihre Mitbürger in den ostdeutschen Bundesländern, nur 7 % sehen Sachsen hier in einer schlechteren Position. Damit zeigt sich ein - auf hohem Niveau - relativ konstantes Antwortverhalten der Sachsen bei dieser Frage.

Während die Sachsen sich im ostdeutschen Vergleich relativ positiv verorten, sehen sie sich gegenüber den Westdeutschen im Hintertreffen: 78 % der Befragten meinen, sie stünden schlechter da als die Bewohner der alten Bundesländer. Im Vergleich mit ihren osteuropäischen Nachbarn sehen sich 79 % der Bürger im Freistaat im Vorteil. Dagegen sieht nur jeder Zwölfte Sachsen gegenüber Westeuropa im Vorteil (8 %).

Insgesamt zeigt sich ein positives Eigenbild der Sachsen mit leicht verbesserter Tendenz im Vergleich zur Vorerhebung.

Sachsens zukünftige wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern



Frage: **Erwarten Sie, dass Sachsen im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern in seiner wirtschaftlichen Entwicklung eher führend sein wird oder eher im Rückstand oder so ziemlich in der Mitte?**

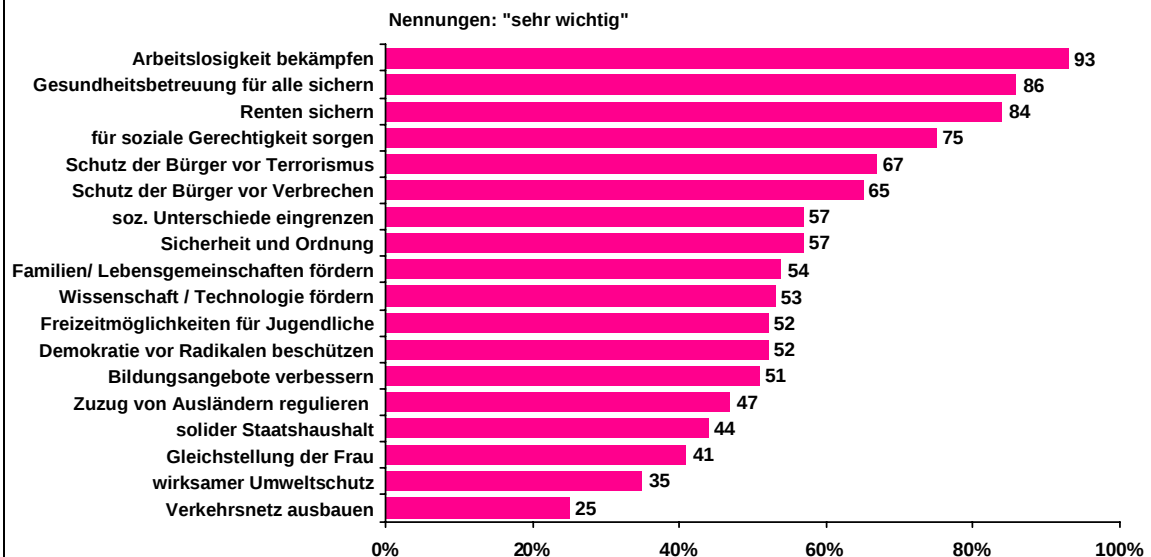
Im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern wird die wirtschaftliche Entwicklung Sachsens von den meisten Befragten „in der Mitte“ angesiedelt (46 %). Deutlich mehr als ein Drittel der Befragten (39 %) sieht das Land Sachsen in seiner wirtschaftlichen Entwicklung eher führend und nur 12 Prozent meinen, Sachsen sei in dieser Hinsicht im Rückstand. Letzteres meinen insbesondere die von Arbeitslosigkeit betroffenen Personen, aber auch die Jungwähler.

Die Bürger des Bezirks Leipzig zeigen sich in der Einschätzung der wirtschaftlichen Stärke Sachsens am selbstbewusstesten.

III. Politikbewertung und Wahlverhalten

1. Wichtige politische Probleme und Aufgaben	16
2. Parteienkompetenz in ausgewählten Problembereichen	18
3. Zufriedenheit mit der Arbeit politischer Institutionen	22
4. Zustimmung zur Politik Milbradts	23
5. Parteipräferenz bei der Landtagswahl	24
6. Weitestes Wählerpotenzial der Parteien	26
7. Einfluss von Bundes- und Landespolitik auf die Parteipräferenz	28
8. Interesse am bevorstehenden Landtagswahlkampf	29

Wichtige politische Probleme und Aufgaben



Frage: Ich lese Ihnen nun verschiedene politische Aufgabenbereiche vor. Bitte geben Sie an, für wie wichtig Sie diese Aufgabenbereiche halten. Nutzen Sie dabei eine Skala von 1 ("sehr wichtig") bis 5 ("überhaupt nicht wichtig").

Aus Sicht der Bevölkerung Sachsens steht das Thema Arbeitslosigkeit auf der politischen Agenda unverändert an erster Stelle. Für 93 % der Befragten ist es „sehr wichtig“, neue Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Im Vergleich zur Vorwelle im Winter 2003 ist dies eine geringe Veränderung um -1.

Ebenfalls unverändert an zweiter und dritter Stelle der Wichtigkeitshierarchie stehen die Aufgaben der sozialen Sicherung, die in der deutschen Öffentlichkeit stark diskutiert wurden und werden - insbesondere im Rahmen der Gesundheitsreform und der Diskussion um die Rentensicherung. So sehen auch 86 % (+ 1) der Sachsen in der Sicherstellung der Gesundheitsbetreuung für alle Bürger eine sehr wichtige Aufgabe der Politik. Auf Platz 3 folgt die Sicherung der Renten mit 84 % (+ 1). An vierter Stelle folgt unverändert die soziale Gerechtigkeit mit 75 % (-1).

Im Vergleich zur Umfrage im Winter 2003 haben vor allem auch die Themen Bildung (51 %, -8) und Umweltschutz (35 %, -3) an Bedeutung verloren. Die Wichtigkeit der

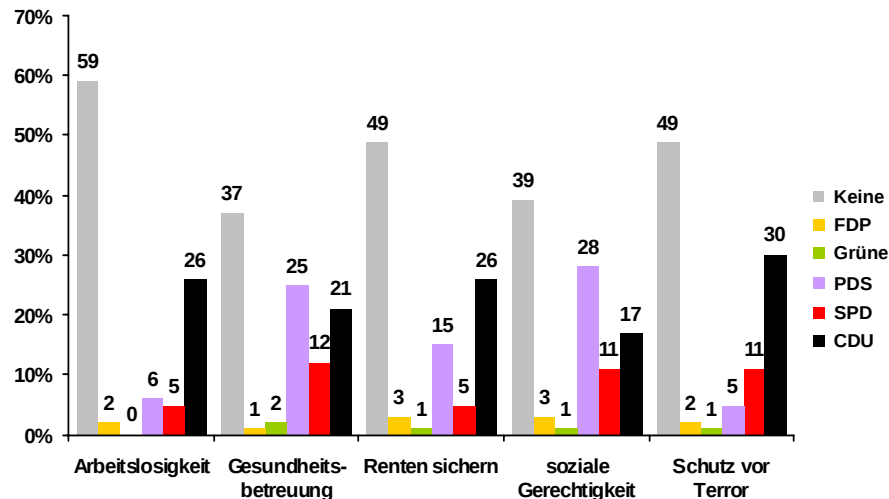
Themen „Schutz vor Terror“ (67 %, -3) und „Schutz vor Verbrechen“ (65 %, -2) nimmt leicht ab, der „Schutz der Demokratie vor Radikalen“ mit 52% (-5) wird deutlich weniger genannt. Alle drei Themen werden insbesondere von der jungen Altersgruppe der 18 bis 24-Jährigen als unterdurchschnittlich wichtig eingeschätzt.

Das Antwortverhalten der jüngeren Generation der unter 25-Jährigen ist allgemein auffallend. Sie finden nahezu generell alles weniger wichtig als die älteren Bürger, was auf eine gewisse politische Lethargie hindeutet – die für diese Altersgruppe aber typisch ist. Nur in den Bereichen "Bildung" und "technischer Fortschritt" ist dieser Generationeneffekt nicht vorhanden.

Fazit:

Neben den dominanten Themen „Arbeitsplätze schaffen“ und „Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, die nur einer geringen direkten Einflussnahme der Politik unterliegen, sind es vor allem die „klassischen“ politischen Felder der sozialen Sicherungssysteme und der inneren Sicherheit, die von großer Wichtigkeit sind.

Parteienkompetenz in ausgewählten Problembereichen I



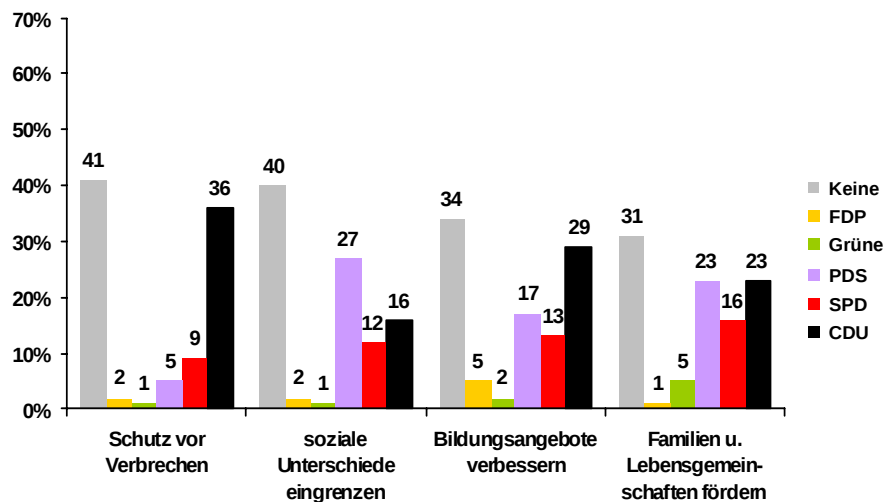
Frage: Im Folgenden lese ich Ihnen nochmals die verschiedenen Aufgabenbereiche vor. Denken Sie jetzt bitte an die Landespolitik und sagen Sie mir jeweils, welche der im Folgenden genannten Parteien *auf Landesebene, also in Sachsen*, am ehesten in der Lage ist, die Probleme so zu lösen, wie Sie es sich vorstellen: eher die CDU, eher die SPD, eher die PDS, eher Bündnis 90/Die Grünen, eher die FDP, eher eine rechte Partei wie DVU, NPD oder Republikaner oder keine von allen?

Bei der Beurteilung der Problemlösungskompetenz der einzelnen Parteien auf Landesebene, also in Sachsen, schneidet die Union in 11 der 18 angesprochenen Bereiche von allen genannten Parteien am besten ab. Darauf hin befragt, welche Partei am ehesten in der Lage ist, die angesprochenen Probleme zu lösen, wird die CDU in diesen Bereichen am häufigsten genannt.

Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass viele Bürger gerade in den wichtigen Fragen keiner der Parteien eine Lösungskompetenz zuweisen, so insbesondere im Bereich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (59 %), - +6 Prozentpunkte mehr im Vergleich zum Dezember 2003 - und in den Bereichen der Gesundheitsbetreuung (37 %), der Sicherung der Renten (49 %), eines soliden Staatshaushaltes (54 %) und der sozialen Gerechtigkeit (39 %), um nur einige der

wichtigen Problemfelder zu nennen. Die zunehmende Resignation im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit politischer Parteien bei der Bewältigung wichtiger gesellschaftlicher Probleme spiegelt dabei nicht zuletzt einen Trend wider, der auch auf Bundesebene zu beobachten ist. Dies bedeutet: In den zentralen Feldern der Politik trauen die Menschen der Politik keine Lösungskompetenz zu.

Parteienkompetenz in ausgewählten Problembereichen II



Andererseits existieren Problemfelder, die in den Augen der Sachsen durchaus von den Parteien und damit der Politik als lösbar angesehen werden. Dazu gehören insbesondere die Bereiche Umweltschutz, Regulierung des Ausländerzuzugs, Verkehrsnetz. Nur: Dies sind nicht eben die wichtigsten Bereiche der Politik.

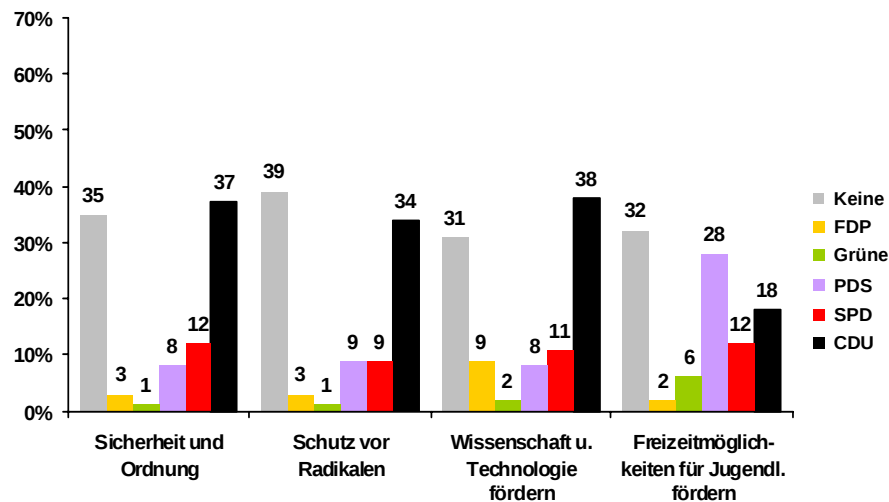
Das Profil der CDU ist primär geprägt durch die Bereiche „Infrastruktur“, „Innenpolitik und Sicherheit“ sowie „Bildung und Wissenschaft“. Aber: Auch in diesen Punkten erreicht sie nie die 50%-Marke. Schwierigkeiten hat die CDU bei der Vermittlung

„sozialer Kompetenz“. Dies ist die (relative) Stärke der PDS, die sich so als die nach der CDU zweitprofiliertere Partei Sachsens darstellt.

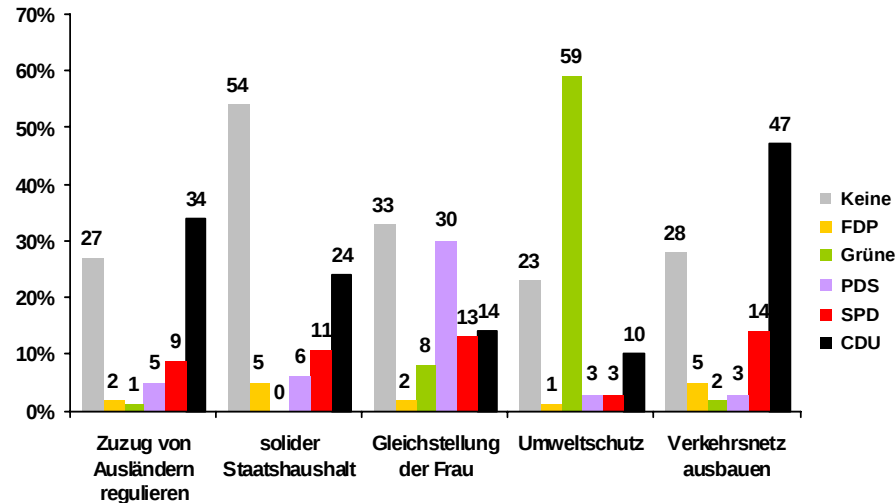
Die Grünen erreichen im Umweltschutz die höchste Kompetenzzuweisung aller Parteien überhaupt (59 %). SPD und FDP erreichen aus Sicht der Wahlberechtigten in keinem der Problemfelder ein Profil.

Ein Wort zu den rechten Parteien. Sie treten im Kompetenzprofil kaum in Erscheinung, haben aber im Bereich „Innere Sicherheit“ nach Meinung von immerhin 5% der Sachsen die größte Kompetenz. Bei der Regulierung des Zuzugs von Ausländern wird den rechten Parteien gar von 21 % der Bevölkerung, darunter jedem siebten Wähler von PDS und CDU, die größte Kompetenz zugestanden. Generell sind die rechten Parteien nicht für die Jungwähler, sondern überwiegend für die 25- bis unter 40-Jährigen attraktiv.

Parteienkompetenz in ausgewählten Problembereichen III



Parteienkompetenz in ausgewählten Problembereichen IV

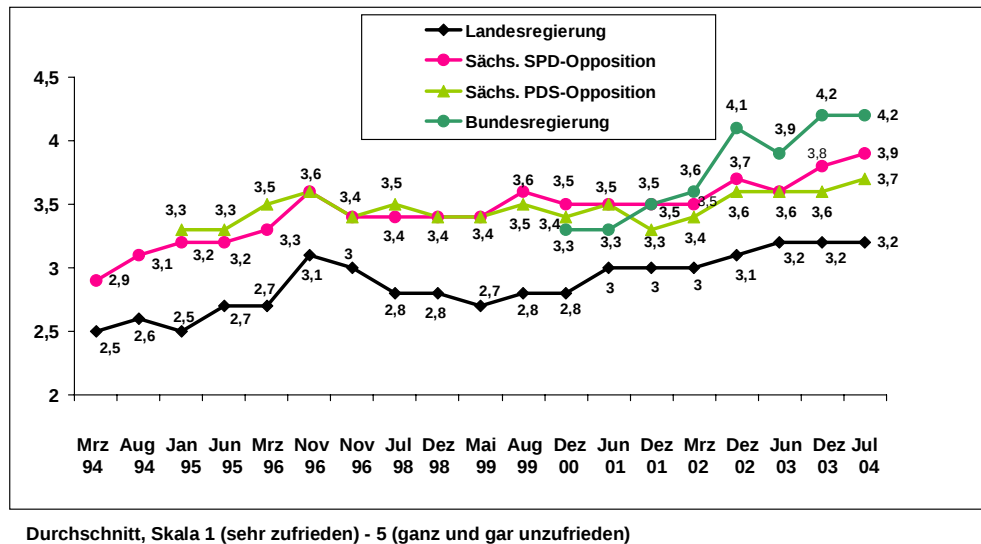


Fazit:

Im Profil der Parteien ist die Union gerade bei den wichtigen Themen die Partei mit der größten Kompetenz. Aber: Der Anteil der Politikunzufriedenen, die keiner Partei eine Lösungskompetenz zuweisen, ist insbesondere in den wichtigen Bereichen sehr hoch. Dies schafft Raum für Protestwahlverhalten.

Zufriedenheit mit der Arbeit politischer Institutionen

Beurteilung im Trendverlauf, Durchschnittswerte



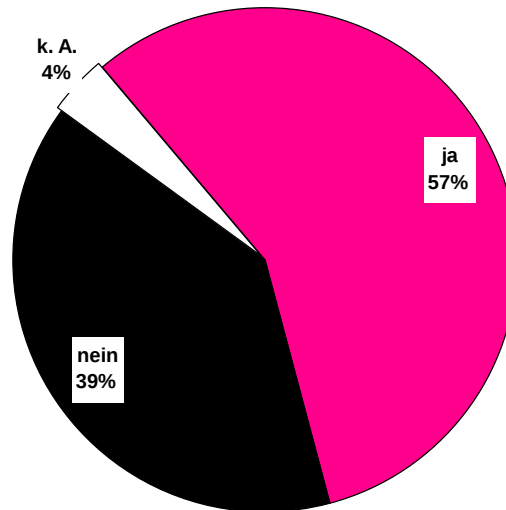
Frage: Wenn Sie einmal alles zusammen betrachten: wie zufrieden sind Sie mit der politischen Arbeit, die in Sachsen und Berlin geleistet wird? Wenn Sie "sehr zufrieden" sind, geben Sie die Note 1, wenn Sie "ganz und gar unzufrieden" sind, geben Sie die Note 5.

Die sächsische Staatsregierung bekommt auch in der aktuellen Befragung wieder deutlich bessere Zensuren als die sächsische Opposition oder die Bundesregierung. Die durchschnittliche Zufriedenheit mit ihrer Arbeit liegt wie schon in der Vorwelle bei 3,2. Relativ gute Noten bekommt sie von den CDU-Wählern (2,7).

Die PDS erreicht ihren Wert aus der Vorwelle nicht mehr (jetzt 3,7). Noch schlechter und mit abnehmender Tendenz wird auch die SPD bewertet, die derzeit eine Bewertung von im Mittel 3,9 erreicht.

Am schlechtesten schneidet die Bundesregierung ab. Auf einer Skala von 1 (sehr zufrieden) bis 5 (ganz und gar unzufrieden) kommt sie gegenwärtig auf einen Wert von 4,2 – unverändert zum Vormonat. Im langfristigen Trend ist insgesamt eine Verschlechterung in der Beurteilung der politischen Institutionen zu erkennen.

Zustimmung zur Politik Georg Milbradts



Frage: Sind Sie mit der Politik von Georg Milbradt im Großen und Ganzen einverstanden oder nicht?

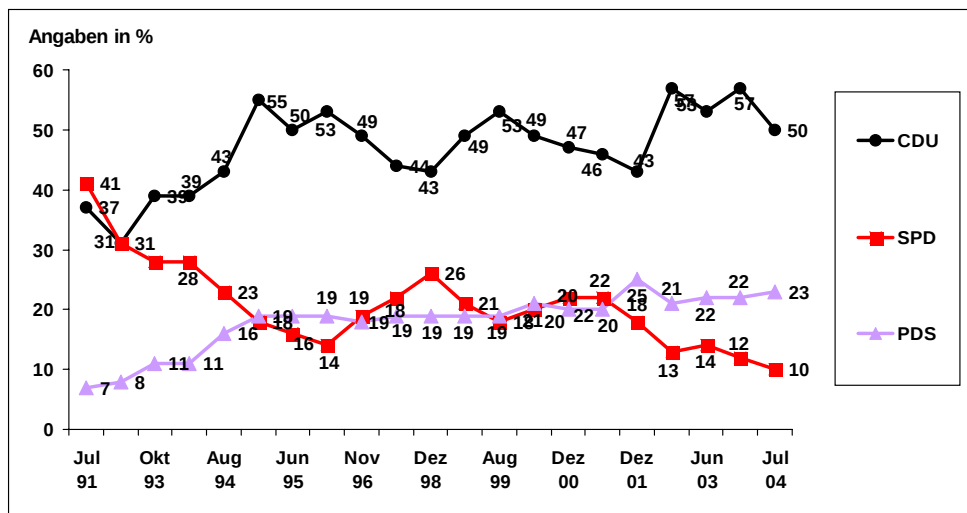
Die Zustimmung zur Politik von Ministerpräsident Georg Milbradt liegt im Vergleich zur Vorwelle konstant bei 57 %. Damit ist dem Regierungschef des Freistaates Sachsen die Zustimmung der Bevölkerung für seine Politik weiterhin sicher. Dabei gelingt es ihm, besser beurteilt zu werden als seine Partei (gemessen anhand der Sonntagsfrage, siehe unten).

Die größte Zustimmung genießt Milbradt erwartungsgemäß bei den CDU-Anhängern: 88 % von ihnen sind mit der Politik Georg Milbradts im Großen und Ganzen einverstanden. Aber auch von Seiten der SPD-Wähler erhält er eine nennenswerte Zustimmung (48 %). Größere Ablehnung erfährt der Ministerpräsident hingegen in den Reihen der PDS-Wähler - 64 % sind hier nicht mit der Politik Milbradts einverstanden.

Parteipräferenz bei der Landtagswahl (Wähler)

Große Parteien

Beurteilung im Trendverlauf



Frage: Angenommen, am nächsten Sonntag wären wieder sächsische Landtagswahlen: Welche Partei würden Sie da wählen?

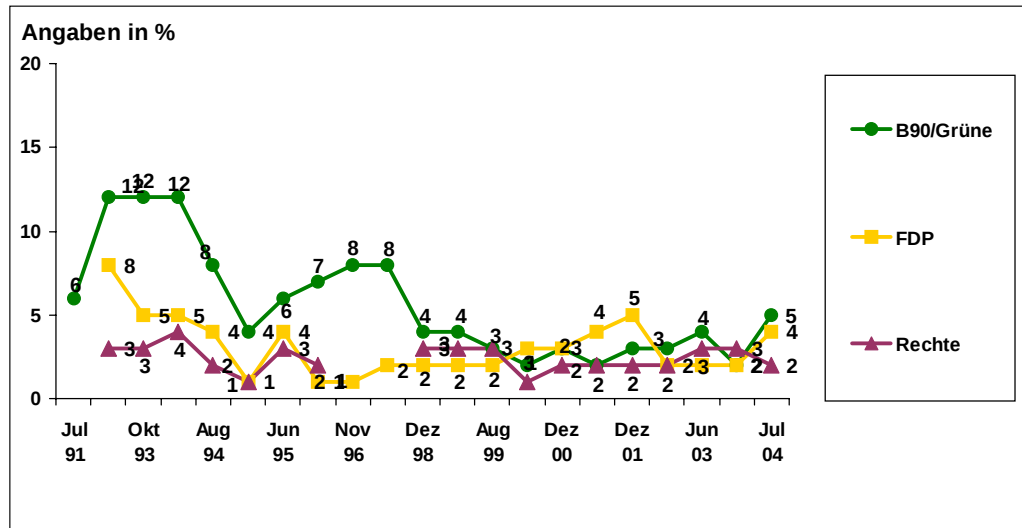
Hätten im Juli 2004 in Sachsen Landtagswahlen stattgefunden, so hätte die sächsische CDU knapp eine absolute Mehrheit der Wähler hinter sich bringen können. Sie erreicht 50 % der Parteipräferenzen. Damit fällt sie in der Gunst der Wähler allerdings um 7 Prozentpunkte zurück. Somit folgt sie im Wesentlichen dem Trend der Bundespartei, die Mitte Dezember 2003 bundesweit noch 50 % der Wähler erreichte, Anfang Juli 2004 aber bei 45 % lag (jeweiliger Vergleichszeitraum zur Sachsenumfrage).

Zweitstärkste Partei in Sachsen ist die PDS mit jetzt 23 % (+1), die sich damit bei Werten knapp über der 20 Prozent-Marke stabilisieren kann. Die SPD hingegen erhält mit 10 Prozent den historisch schlechtesten Wert seit September 1990. Das bundesweite Stimmungstief der SPD dürfte hierzu einen nicht unwesentlichen Beitrag beisteuern - ebenso die Querelen in der sächsischen Landespartei.

Parteipräferenz bei der Landtagswahl (Wähler)

Kleine Parteien

Beurteilung im Trendverlauf



tns emnid

Die kleinen Parteien erreichen nach den Eigenangaben der Wähler folgende Werte: Grüne 5 %, FDP 4 % und rechte Parteien 2 %.

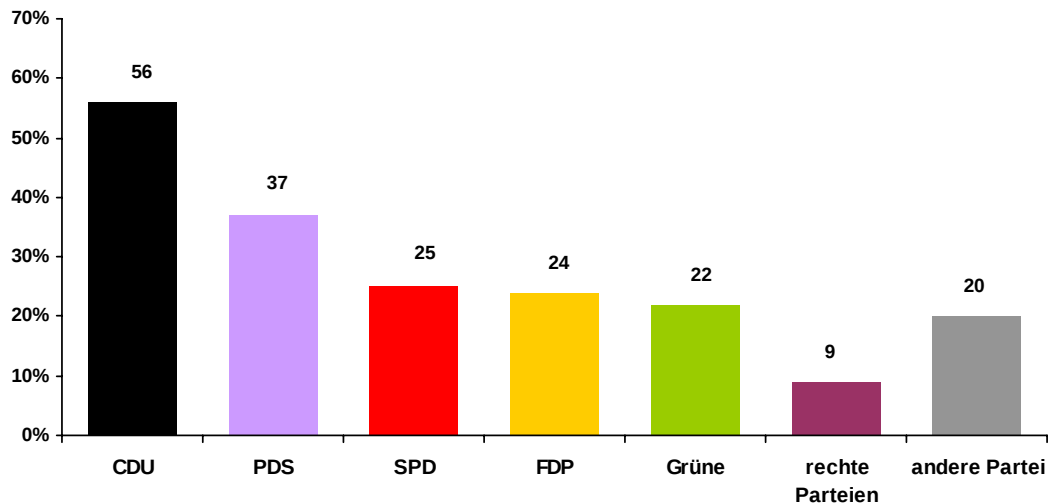
Allerdings gilt es bei dieser Interpretation zu beachten, dass zum einen mehr als ein Drittel der Befragten keine Angaben zu ihrer Parteipräferenz machten und zum anderen die „sonstigen“ Parteien (ohne die rechten Parteien) auf einen Stimmenanteil von 6 % kämen, was auf ein gewisses Protestwahlverhalten und entsprechendes Wählerpotenzial gerade auch bei den Rechten schließen lässt. Denn in der persönlichen Umfragesituation tendieren Wähler rechtsextremer Parteien zur Tabuisierung ihres Wahlverhaltens.

Eine Wiederholung des Wahlergebnisses bei der Europawahl 2004 für die rechten Parteien ist nach den jetzt vorliegenden Befunden jedoch nicht zu erwarten. Dort hatten die rechten Parteien zusammen knapp 7 % der Stimmen erreicht, die weiteren „sonstigen“ Parteien kamen insgesamt auf 10 %.

Weitestes Wählerpotenzial

Basis: Alle Wahlberechtigten

Die Wahl von ... bei einer Landtagswahl käme für mich unter Umständen in Betracht:



Mehrfachnennungen möglich



Frage Ich lese Ihnen jetzt die Namen von verschiedenen Parteien hier in Sachsen vor. Sagen Sie mir bitte unabhängig davon, ob und welche Partei Sie derzeit bei einer Landtagswahl wählen würden, ob die Wahl dieser Partei bei einer Landtagswahl für Sie unter Umständen oder aber auf keinen Fall in Betracht kommt.

Fragt man nach dem Wählerpotenzial der Parteien, so erreichen alle Parteien, bezogen auf alle Wahlberechtigten (also nicht nur auf die Wähler), deutlich höhere Potenzialwerte, als in der Sonntagsfrage ausgewiesen. Denn „unter Umständen“ können sich viele Wahlberechtigte natürlich vorstellen, auch eine andere Partei als die zur Zeit von ihnen favorisierte zu wählen. Während die CDU ihr Potenzial noch am besten ausschöpft, gefolgt von der PDS, sind es vor allem die kleinen Parteien, die „unter Umständen“ weit höhere Werte erreichen könnten, als in der Sonntagsfrage ausgewiesen. Insbesondere gilt dies auch für die rechten Parteien. Diese könnten im allergünstigsten Falle etwa jeden zehnten Wahlberechtigten erreichen (dies ist jedoch eine hypothetische Annahme).

Dabei erreichen die rechten Parteien ihr größtes Potenzial unter den 25- bis 29-Jährigen mit 19 %. Auch könnten sich 12 % der aktuellen Unionswähler unter Umständen vorstellen, eine Rechtspartei zu wählen.

Sozialstrukturell zeigen sich insbesondere Beschäftigte im öffentlichen Dienst bereit, unter Umständen eine „rechte“ Partei zu wählen (23 %). Regional zeigen sich die Bewohner des Raumes Dresden als affin gegenüber rechten Parteien (12 %).

Weitestes Wählerpotenzial und -ausschöpfung

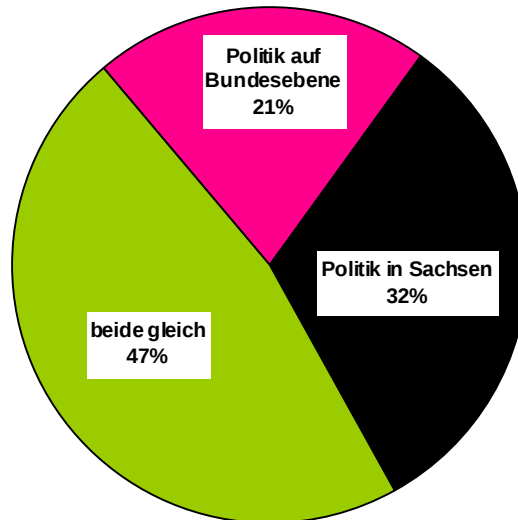
Bezogen auf alle Wahlberechtigten

	Sonntags- frage %	Potenzial %	Aus- schöpfung %
CDU	33	56	59
SPD	6	25	24
PDS	15	37	41
Grüne	3	22	14
FDP	3	24	13
rechte Parteien	1	9	11
andere Partei	4	20	20



Bei der Parteipräferenz im Vordergrund: Bundes- oder Landespolitik

Selektion: Wähler

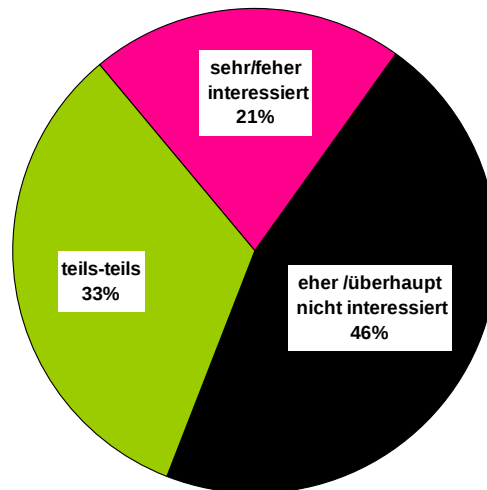


Frage: Bei Ihrer Entscheidung für diese Partei, was steht da im Vordergrund: die Politik auf Bundesebene oder die Politik hier in Sachsen?

Dass die Bundesebene bei Landtagswahlen eine Rolle spielt, ist keine neue Erkenntnis. Auf das voraussichtliche Wahlverhalten der Sachsen bei den kommenden Landtagswahlen hat sie gegenwärtig ebenfalls Einfluss. Nur 21 % der sächsischen Wähler entscheiden sich vornehmlich aus bundespolitischen Gründen für eine Partei. Für 32 % steht hingegen die Landespolitik im Vordergrund und nahezu jeder Zweite (47 %) gibt an, dass beides eine Rolle spielt.

Für jüngere Wähler bis 24 Jahre ist die Bundespolitik bei ihrer geplanten Wahlentscheidung allerdings häufiger ausschlaggebend als die Landespolitik.

Interesse am bevorstehenden Landtagswahlkampf in Sachsen



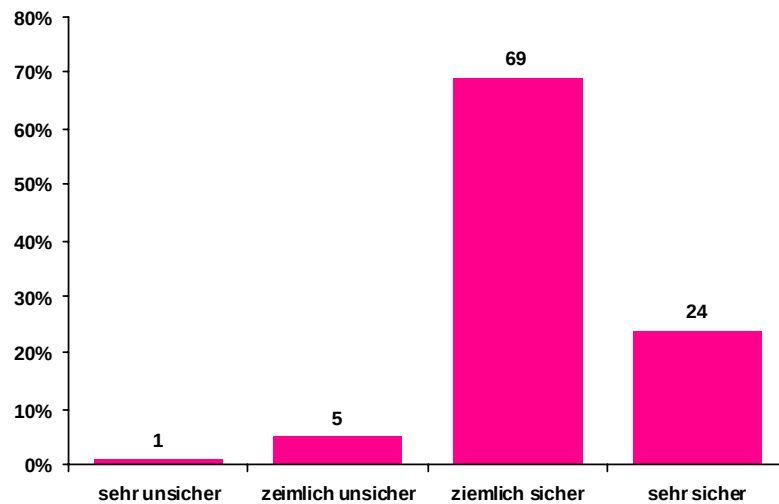
Frage: Am 19. September 2004 wird der Sächsische Landtag gewählt. Bitte sagen Sie mir anhand dieser Liste, wie stark Sie sich für den Landtagswahlkampf interessieren. 1 bedeutet dabei "überhaupt nicht", 5 bedeutet "sehr stark". Mit den Werten dazwischen können Sie Ihr Urteil abstufen.

Das Interesse am Landtagswahlkampf in Sachsen ist noch recht niedrig. Nur die Hälfte der Sachsen (46 %) gibt an, am Landtagswahlkampf gar nicht oder eher nicht interessiert zu sein. Nur gut jeder fünfte Sachse (21 %) zeigt sich zurzeit interessiert. Insbesondere die potenziellen Nichtwähler sind am Wahlkampf kaum interessiert.

IV. Innere Sicherheit

- | | |
|--|----|
| 1. Sicherheit der eigenen Wohngegend | 31 |
| 2. Empfundene Bedrohung durch ein Verbrechen | 32 |

Sicherheit der Wohngegend

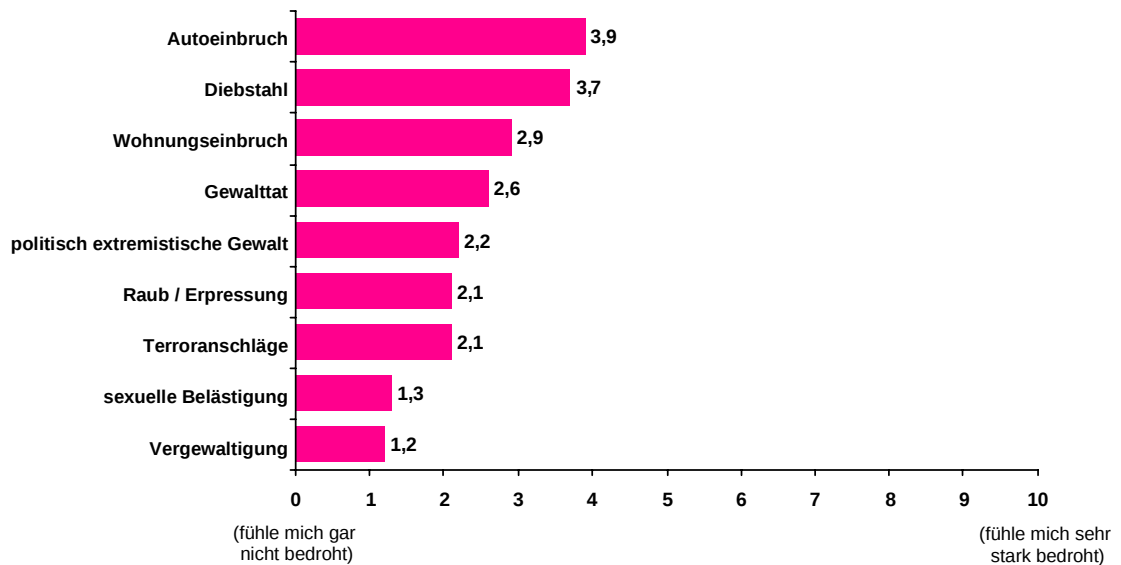


Frage: Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohngegend ganz allgemein?

6 % der Sachsen fühlen sich ziemlich oder gar sehr unsicher in ihrer Wohngegend. 69 % fühlen sich dort ziemlich sicher und knapp jeder vierte Sachse fühlt sich sehr sicher. Dabei fühlen sich die Senioren in ihrem Wohnumfeld ähnlich sicher wie die jüngere Generation.

Hingegen zeigen sich Personen mit niedrigem Einkommen in ihrem Wohnumfeld tendenziell eher bedroht als wohlhabendere Personen – sie wohnen offensichtlich in unsichereren Wohngebieten. Auch zeigen sich die Bewohner städtischer Gebiete in ihrer Wohngegend unsicherer (8 %) als die Landbewohner (1 %).

Empfundene Bedrohung durch ein Verbrechen



Frage: Wie stark fühlen Sie sich davon bedroht, in der nächsten Zeit Opfer eines der folgenden Verbrechen zu werden? Bitte geben Sie mir dies auf einer Skala von 10 bis 0 an. 10 bedeutet dabei, Sie fühlen sich sehr stark bedroht, 0 bedeutet, Sie fühlen sich gar nicht bedroht. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihr Urteil abstufen.

Die größte Furcht haben die Sachsen vor Diebstahl (Mittelwert von 3,7) und Autoeinbruch (Mittelwert von 3,9), wenn es um die von ihnen empfundene Bedrohung durch Verbrechen geht, einzustufen anhand einer Skala von 10 = "fühle mich sehr stark bedroht" bis 0 = "fühle mich gar nicht bedroht".

Junge Erwachsene haben überproportional Angst vor Gewalttaten (4,2), vor sexueller Belästigung (2,4) und Vergewaltigung (2,2) – Letzteres gilt vor allem für jüngere Frauen. Ebenfalls überproportional ausgeprägt ist in dieser Altersgruppe die Angst vor extremer politischer Gewalt (3,2). Diese Angst wird vor allem auch von der Bevölkerung in den großen Städten geäußert (2,8), während sie für die Landbevölkerung kaum eine Rolle spielt (1,6).

Dieses Stadt-Land-Gefälle zeigt sich auch bei der Furcht vor Terroranschlägen.

V. Europäische Union und EU-Erweiterung

1. Information über EU-Erweiterung	34
2. Auswirkung der EU-Erweiterung auf die eigene Region	35
3. Beurteilung der Vorteile der EU-Erweiterung	36
4. Beurteilung der Nachteile der EU-Erweiterung	37

Information über EU-Erweiterung



* Achtung: in den früheren Umfragen (11/12 2001 und 06/07 2003) bezog sich diese Frage auf die EU-Osterweiterung

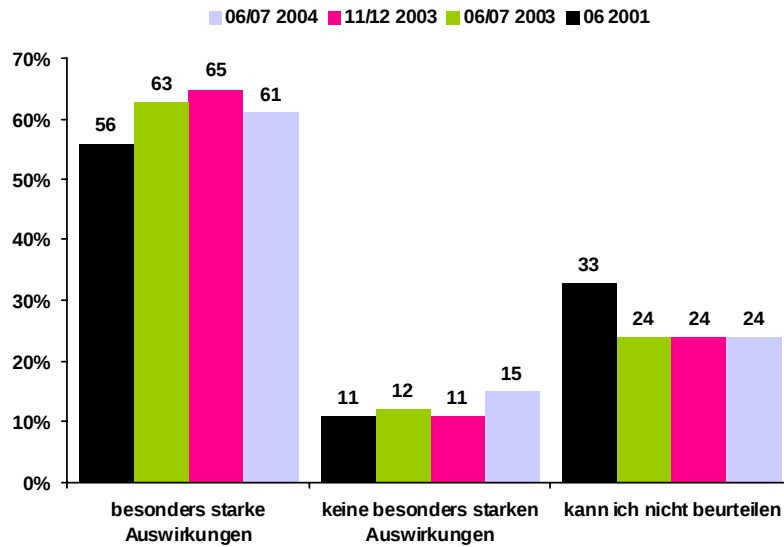


Frage: Wie weit fühlen Sie sich über die EU-Erweiterung informiert?

10 mittel-, ost- und südeuropäische Staaten (Tschechische Republik, Slowakische Republik, Polen, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Zypern, Malta und Slowenien) sind seit 1. Mai 2004 neue Mitglieder der Europäischen Union.

Der Informationsstand der sächsischen Bevölkerung über die EU-Erweiterung hat sich im Vergleich zur Vorwelle wieder verbessert: Aktuell fühlen sich 33 % der Sachsen ausreichend über die EU-Erweiterung informiert (+ 3), nur mehr 23 % fühlen sich unzureichend informiert (- 6) und 44 % „teils/teils“ (+4).

Auswirkung der EU-Erweiterung auf die eigene Region



* Achtung: in den früheren Umfragen (11/12 2001 und 06/07 2003) bezog sich diese Frage auf die EU-Osterweiterung

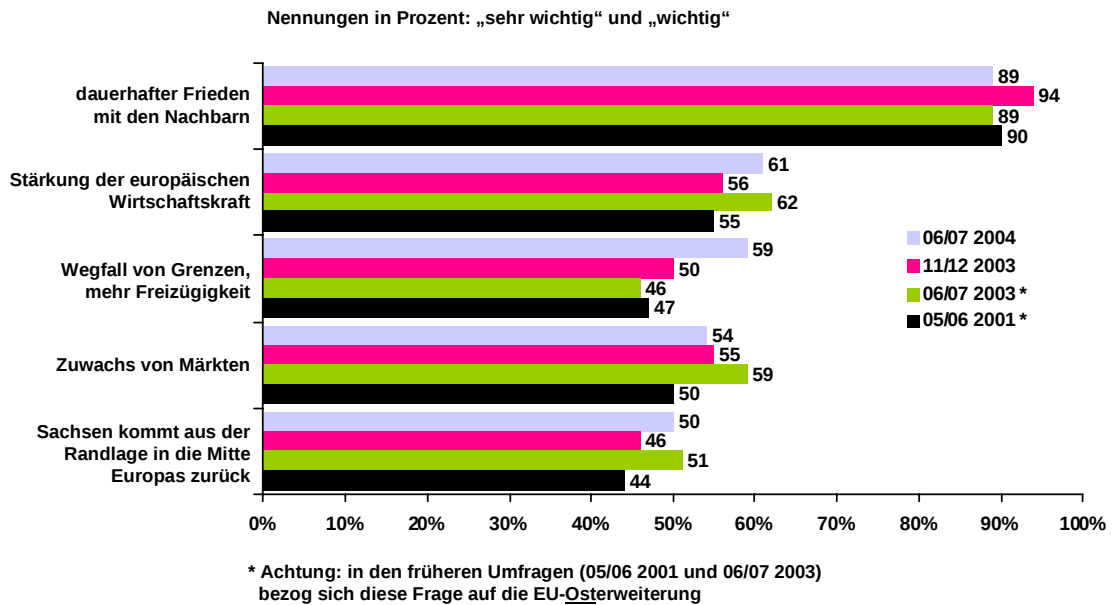


Frage: Was meinen Sie: Wird die EU-Erweiterung für die Region, in der Sie leben, besonders starke Auswirkungen haben?

Wie bereits in den beiden Vorumfragen erwartet auch jetzt eine Mehrheit der Sachsen (aktuell 61 %) besonders starke Auswirkungen des EU-Beitritts weiterer Staaten; dies gilt insbesondere für die Bewohner der Region Dresdens (67 %).

Der Anteil derer, die keine besonders starken Auswirkungen auf die eigene Region erwarten, ist nahezu unverändert gering.

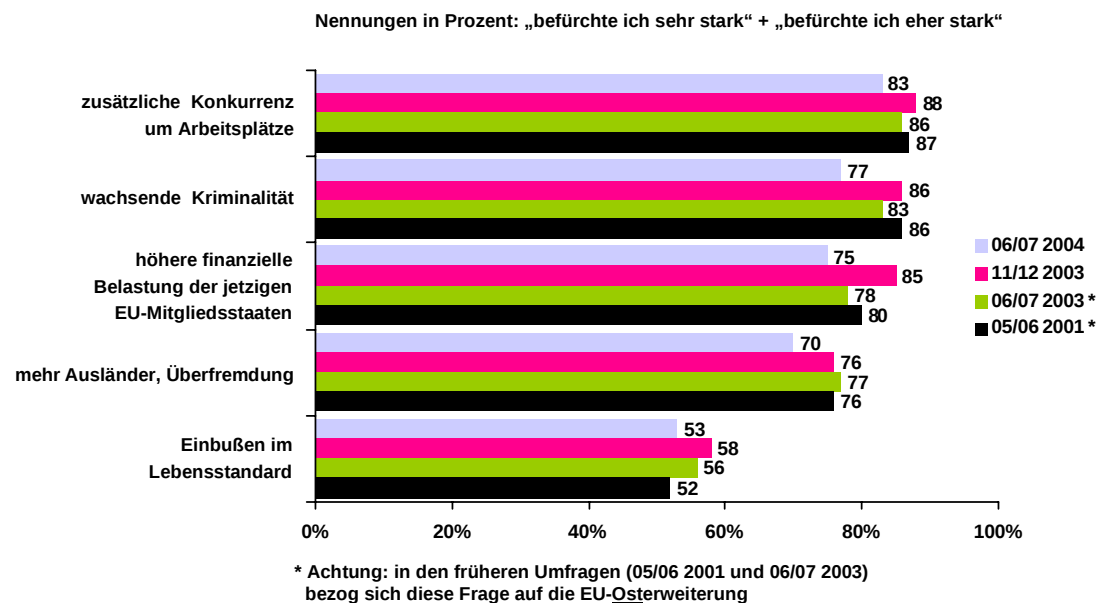
Beurteilung der Vorteile der EU-Erweiterung



Frage: Wie wichtig sind Ihnen die folgenden Vorteile der EU-Erweiterung? Bewerten Sie die im Folgenden genannten Vorteile jeweils mit einer Skala von 1 („das ist mir sehr wichtig“) bis 5 („das ist mir überhaupt nicht wichtig“).

Den Hauptvorteil einer EU-Erweiterung sehen 89 % (-5 Punkte im Vergleich zur Vorwelle) der Befragten in einem dauerhaften Frieden mit den europäischen Nachbarn. Die Stärkung der europäischen Wirtschaftskraft (61 %, +5), den Zuwachs von neuen Märkten (54 %, -1) und die Tatsache, dass Sachsen aus der Randlage wieder in die Mitte Europas rückt (50 %, +4), sehen die Bürger als weitere wichtige Vorteile an. 59 % (+9) erachten den Wegfall der Grenzen und mehr Freizügigkeit als bedeutende Vorteile der EU-Erweiterung.

Beurteilung der Nachteile der EU-Erweiterung



Frage: Was glauben Sie: Welche Nachteile wird die EU-Erweiterung bringen? Bewerten Sie die im Folgenden genannten Nachteile jeweils mit einer Skala von 1 („das befürchte ich sehr stark“) bis 5 („das befürchte ich überhaupt nicht“).

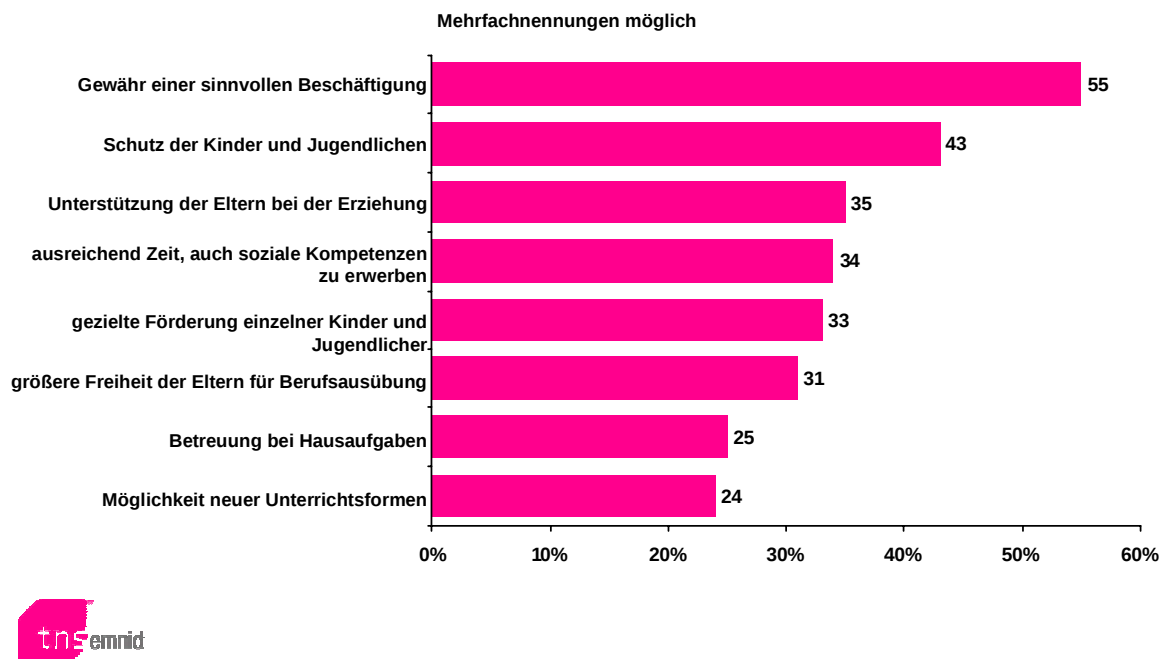
Auch bei der Beurteilung der Nachteile der EU-Erweiterung ergeben sich gegenüber den beiden Vorbefragungen Änderungen. Insgesamt betrachtet treten die positiven Aspekte der EU-Erweiterung aus Sicht der Sachsen zunehmend in den Vordergrund der Argumentation.

Besonders große Befürchtungen haben die Bürger allerdings im Hinblick auf die zusätzliche Arbeitsplatzkonkurrenz. 83 % der Befragten befürchten dies derzeit sehr stark oder stark; das ist eine Veränderung um -5 Punkte. Die Furcht vor wachsender Kriminalität wird am zweithäufigsten (77 %, -9) genannt. Eine höhere finanzielle Belastung der jetzigen EU-Mitgliedsstaaten erwarten 75 % der Sachsen (-10). 70 % haben Angst vor einem Zuzug von Ausländern (-6), und 53 % (-5) befürchten, dass die EU-Erweiterung zu Einbußen in ihrem Lebensstandard führen wird.

VI. Aktuelle Themen in Sachsen

1. Gründe für die Einrichtung einer Ganztagsbetreuung an Schulen	39
2. Rolle der Eltern bei der Ganztagsbetreuung in der Schule	40
3. Entwicklung von Ideen zur Verbesserung des Schulsystems	41
4. Länderspezifische rechtliche Regelungen	42
5. Umgang des Staates mit Schulden	43
6. Persönliche Erfahrungen im Umgang mit der öffentlichen Verwaltung	44
7. (Teil-)Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld	45
8. Gescheiterte Bewerbung Leipzigs für die Olympischen Sommerspiele 2012	46

Gründe für die Einrichtung einer Ganztagsbetreuung an Schulen



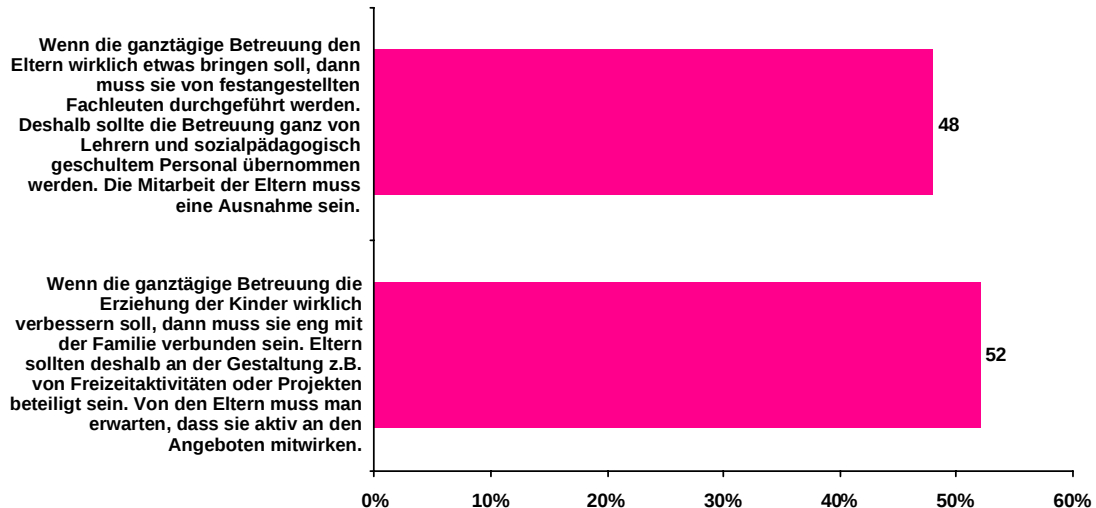
Frage: Manche Eltern wünschen sich eine bessere Betreuung ihrer Kinder durch die Schulen, als dies im staatlichen Bildungssystem bislang die Regel ist, und fordern ein ganztägiges Angebot. Für diesen Wunsch werden ganz verschiedene Gründe genannt. Welche drei der folgenden Gründe sprechen Ihrer Meinung nach am stärksten für die Einrichtung einer Ganztagsbetreuung an Schulen?

Geht es um die Einrichtung von Ganztagschulen, so ist dies für die meisten Sachsen die Gewähr einer sinnvollen Beschäftigung für die Kinder und Jugendlichen (55 %). Auch der Schutz der Kinder vor schädlichen Einflüssen spielt dabei eine Rolle (43 %), gefolgt von der Unterstützung der Eltern bei der Erziehung (35 %).

Relativ in den Hintergrund treten die eigentlichen pädagogischen Ziele wie die Ausübung neuer Unterrichtsformen (24 %), Hausaufgabenbetreuung (25 %) oder die gezielte Förderung einzelner Kinder und Jugendlicher (33 %).

Während in der älteren Generation die Einrichtung von Ganztagschulen hauptsächlich aus Wertmotiven heraus begründet wird (sinnvolle Beschäftigung bzw. Schutz vor schädlichen Einflüssen), stehen bei den jüngeren Generationen die pädagogischen Ziele von Ganztagschulen eher im Vordergrund.

Rolle der Eltern bei der Ganztagsbetreuung in der Schule

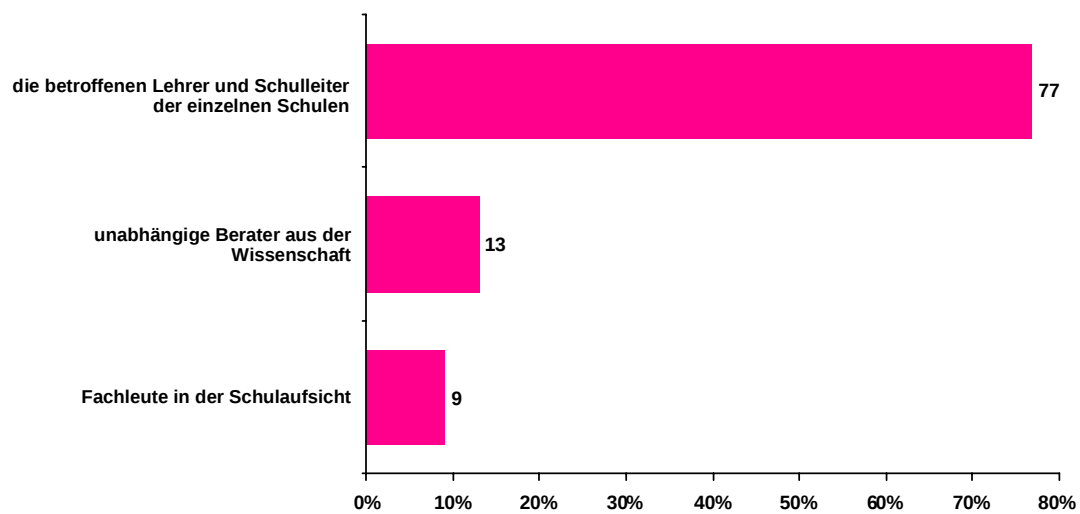


Frage: Ich habe hier noch zwei Standpunkte, wie man sie in der Diskussion um die ganztägige Betreuung von Kindern und Jugendlichen in der Schule manchmal hört. Bitte sagen Sie mir, welcher der Standpunkte eher Ihrer Meinung entspricht.

In der Frage der Mitarbeit der Eltern an der Ganztagsbetreuung ist die sächsische Bevölkerung gespalten. Etwa jeder Zweite befürwortet eine Beteiligung und aktive Teilnahme der Eltern, annähernd jeder Zweite lehnt dies jedoch ab.

Dabei sind die Befürworter insbesondere bei den unter 30-Jährigen, den Frauen und Wählern von CDU und PDS anzutreffen und schließlich bei den „Betroffenen“ selbst, den Haushalten mit Kindern (61 %).

Verbesserung des Schulsystems durch...

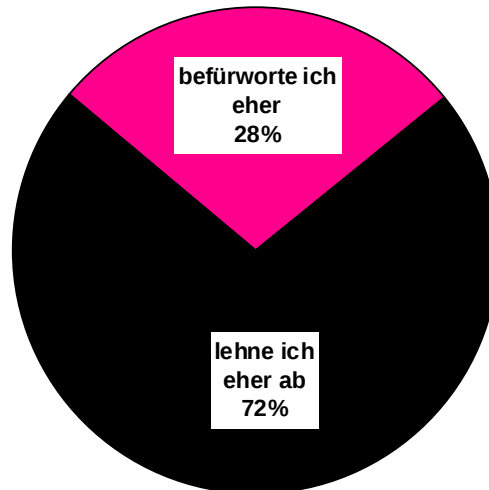


Frage: In den letzten Jahren ist viel über die Verbesserung unseres Schulsystems diskutiert worden: Was glauben Sie, wer ist besser in der Lage, neue Ideen zu entwickeln, die unseren Kindern helfen?

Die größte Kompetenz in Sachen Verbesserung und Entwicklung des Schulsystems liegt aus Sicht der Bevölkerung eindeutig bei den betroffenen Lehrern und Schulen selbst – also den Praktikern. Experten aus der Wissenschaft oder der Schulverwaltung spielen da nur eine untergeordnete Rolle.

Länderspezifische rechtliche Regelungen

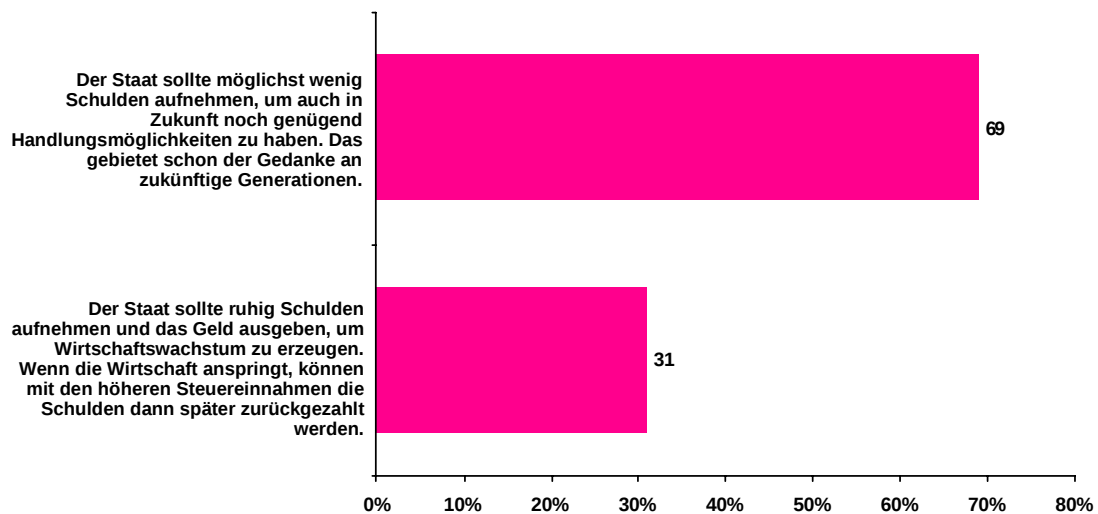
Befürworten Sie, dass die einzelnen Bundesländer verschiedene Bereiche im Steuer-, Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialrecht in Zukunft unterschiedlich regeln dürfen?



Frage: Zur Zeit wird diskutiert, den einzelnen Bundesländern zu erlauben, verschiedene Bereiche im Steuer-, Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialrecht unterschiedlich zu regeln. Dementsprechend würden für diese Bereiche keine einheitlichen Regelungen für ganz Deutschland mehr gelten, sondern es würde in einzelnen Bundesländern unterschiedliche Regelungen geben. Befürworten Sie das eher oder lehnen Sie das eher ab?

Eine große Mehrheit von 72 % der Bürger Sachsens setzt sich dafür ein, dass im Steuer-, Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialrecht auch weiterhin einheitliche rechtliche Regeln in den verschiedenen deutschen Bundesländern existieren. Nur 28 % der Befragten befürworten hier unterschiedliche Regelungen. Diese Mehrheitsverhältnisse gelten im Wesentlichen über alle soziodemographischen Gruppen hinweg.

Umgang des Staates mit Schulden

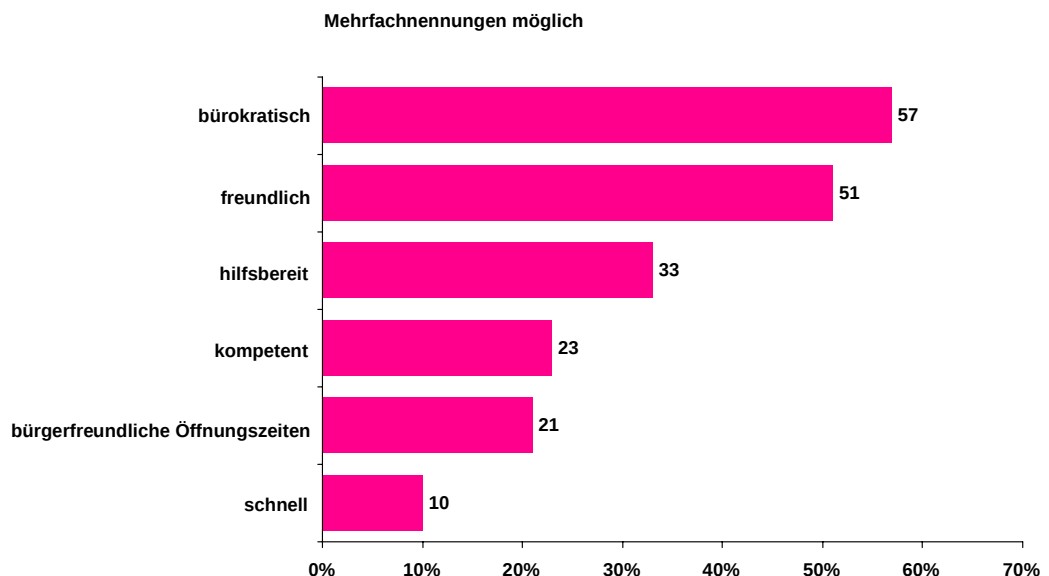


Frage: Gelegentlich kann man zwei unterschiedliche Standpunkte hören, wie sich der Staat verhalten soll. Welcher der beiden Standpunkte entspricht eher Ihrer Überzeugung?

Von einer keynesianischen Wirtschaftspolitik einer Konjunkturbelebung durch Staatsverschuldung mit entsprechenden Staatsausgaben hält die Bevölkerung wenig; nur 31 % der Sachsen halten diese für einen gangbaren Weg. Eine Mehrheit von 69 % hält dies jedoch wegen der mangelnden Generationengerechtigkeit für falsch. Diese Ansicht wird von mehr als zwei Dritteln der Anhängern sowohl der CDU als auch der PDS vertreten, während die SPD-Wähler in dieser Hinsicht genau gespalten sind.

Erfahrungen im Umgang mit der öffentlichen Verwaltung

Basis: Befragte mit persönlichen Erfahrungen mit der Verwaltung

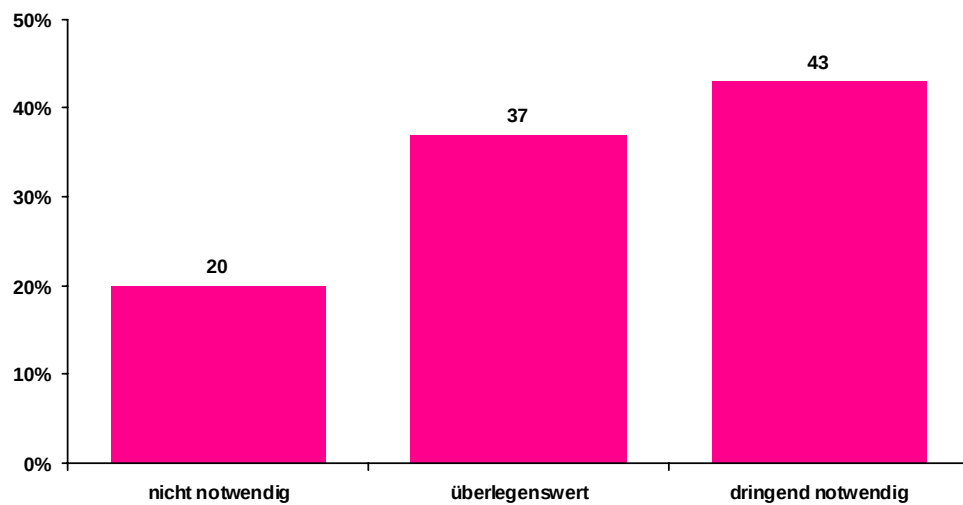


Frage: Welche persönlichen Erfahrungen haben Sie im Umgang mit der öffentlichen Verwaltung, also den Behörden in Ihrer Gemeinde? Auf dieser Liste finden Sie einiges dazu. Sagen Sie mir davon bitte alles, was Ihrer Erfahrung nach auf die öffentliche Verwaltung, also die Behörden, in Ihrer Gemeinde zutrifft.

Die Beurteilung der Bürokratie ist ambivalent, mehrheitlich wird sie aber kritisch eingeschätzt. Von denen, die mit der Verwaltung nach eigenen Angaben bereits Erfahrungen gemacht haben (das sind 86 % der Befragten), beurteilen 57 % die Verwaltung als bürokratisch. Entsprechend wird sie nur von 10 % als „schnell“ eingeschätzt. Die Freundlichkeit des Personals wird relativ häufig positiv beurteilt (51 %). Als „hilfsbereit“ und „kompetent“ wird die Verwaltung selten eingeschätzt. Besonders bemängelt werden die Öffnungszeiten.

Betrachtet man die Ergebnisse im Stadt-Land-Vergleich, so beurteilen die Bewohner der ländlichen Regionen die Behörden ungleich besser. Zwar gelten die Behörden auch dort als bürokratisch, aber als ungleich freundlicher (58 %) und hilfsbereiter (42 %). Überdurchschnittlich bemängelt werden hier allerdings die Öffnungszeiten der Behörden, die nur 16 % der Landbewohner mit Verwaltungserfahrung als bürgerfreundlich einschätzen.

(Teil-) Verzicht auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld im öffentlichen Dienst und der Wirtschaft



Frage: Aufgrund der wirtschaftlichen Situation verzichten die Beamten des Freistaates Sachsen in diesem Jahr auf das Urlaubsgeld und einen Teil des Weihnachtsgeldes. Für wie notwendig halten Sie es, dass diese Regelung auf weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes und der Wirtschaft ausgedehnt wird?

Ansichts der schlechten Konjunktur halten es 43 % der Sachsen für dringend notwendig, den Vorstoß bei den Beamten, auf das Urlaubsgeld und Teile des Weihnachtsgeldes zu verzichten, auf weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes und der Wirtschaft auszudehnen. Weitere 37 % halten dies für überlegenswert und nur 20 % für nicht notwendig.

Gescheiterte Bewerbung Leipzigs für die Olympischen Sommerspiele 2012

Hat sich die Bewerbung Leipzigs für Sachsen trotzdem gelohnt?



Frage: Leipzig wurde vom Internationalen Olympischen Komitee nicht als Kandidat für die Olympischen Sommerspiele 2012 zugelassen. Was ist Ihre Meinung: Hat die Bewerbung Leipzigs sich für Sachsen trotzdem gelohnt oder hat sie sich nicht gelohnt?

Trotz des Ausscheidens Leipzigs um das Rennen der Vergabe der Olympischen Spiele 2012 sind 58 % der Sachsen dennoch der Auffassung, die Anstrengung um die Bewerbung habe sich gelohnt. Dieser Ansicht sind insbesondere auch die Leipziger selbst (63 %).